



Antrag

der Fraktionen von PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

Lernmittelfreiheit in Schleswig-Holstein

Der Landtag möge beschließen:

1. Die Landesregierung wird gebeten,
 - a) die Kostenanteile pro Schüler und Schuljahr sowie aufgegliedert nach Grundschulen, Gemeinschaftsschulen und Gymnasien, die von Seiten der Schulträger geleistet werden, stichprobenartig und aktuell zu erheben und darzulegen sowie
 - b) eine aktuelle Elternerhebung zu den tatsächlichen Anteilen der Eltern an allen Bildungskosten über alle Klassenstufen der genannten Schularten vorzunehmen. Die Erhebung soll alle Kostenanteile pro Schuljahr und Kind abbilden und eine Datengrundlage für die Beurteilung der Situation darstellen sowie
 - c) die Ausgaben der Kreise aus dem Bildungs- und Teilhabepaket darzustellen sowie
 - d) die Landeselternbeiräten bei der Vorbereitung und Durchführung der Elternbefragung einzubinden.
2. Der Landtag beabsichtigt, im Landeshaushalt einmalig bis zu 10.000 Euro zur Realisierung der Elternbefragung bereitzustellen.

Begründung:

- Obwohl Bildung frei zugänglich sein sollte, entstehen mit einem Schulbesuch Kosten für die Familien. Bereits 2012 haben Kinderschutzbund und Eltern Zahlen über die finanziellen Beiträge der Familien vorgelegt, die deutlich belegen, dass Bildung immer noch stark von der Finanzkraft der Schülerfamilien abhängt.
- Elterliche Kosten pro Kind und Schuljahr betragen demnach z.B. an den Gymnasien im Durchschnitt 700 Euro; der Kinderschutzbund ermittelte im Grundschulbereich einen Betrag von bis zu 500 Euro.
- Die staatliche Unterstützung aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) beträgt für das Schulbedarfspaket 70 Euro im ersten und 30 Euro im zweiten Schulhalbjahr. Dieser Betrag reicht nicht aus, um jedem Kind in Schleswig-Holstein eine kostenfreie Schulbeteiligung allein aufgrund seiner Begabung zu ermöglichen.
- Mit der Verankerung der Kinderrechte in Artikel 6a unserer Landesverfassung und Artikel 8 zum Schulwesen stehen Kinder und Jugendliche unter dem besonderen Schutz des Landes und der Gemeinden; die Aufnahme an einer weiterführenden Schule sollte von der individuellen Leistung der Schüler abhängen. Sorge vor finanziellen Hürden sollten kein Kriterium sein.

Sven Krumbeck
und Fraktion

Martin Habersaat
und Fraktion

Anke Erdmann
und Fraktion

Lars Harms
und die Abgeordneten des SSW